

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

8. – 13. Juli 2023

Staatspräsident Emmanuel Macron wird zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli keine Fernsehansprache halten.

Nach den Demonstrationen gegen die Rentenreform hatte Macron dem Land eine 100tägige „Phase der Beruhigung“ verordnet, dessen Bilanz vor der politischen Sommerpause gezogen werden sollte. Der Staatspräsident wird sich jedoch in den kommenden Tagen zu Wort melden, so der Élysée-Palast. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2017 hat sich der Präsident nur zweimal für das traditionelle Präsidenten-Interview zum Nationalfeiertag entschieden. Viele Beobachter gehen davon aus, dass diese Ansprache zum Anlass genommen wird, eine bevorstehende Kabinettsumbildung anzukündigen.

Staatspräsident Emmanuel Macron empfängt am 13. Und 14. Juli den indischen Premierministers Narendra Modi in Paris. Modi ist Ehrengast bei der Militärparade am Bastille-Tag. Es ist der dritte Besuch Modis unter Macron.

Premierministerin Elisabeth Borne hat Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände am 12. Juli zu einem Treffen in ihren Amtssitz „Palais Matignon“ eingeladen. Ziel der Gespräche war es, bis zur Sommerpause die Agenda für einen neuen „Arbeitsmarktpakt“ festzulegen. Das letzte Treffen zwischen der Premierministerin und den Gewerkschaften fand am 16. und 17. Mai statt. Nach dem dreimonatigen Streik gegen die Rentenreform konnte keine Einigung erreicht werden.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich Abgeordnete und Senatoren auf den Entwurf des künftigen Budgets der Armee geeinigt. Die Regierung akzeptiert, größere Haushaltsanstrengungen als geplant bis 2027 vorzunehmen, hält aber an dem ursprünglichen Haushaltsrahmen von 400 Milliarden bis 2030 fest.

Verteidigungsminister Sébastien Lecornu ist am 10. Juli zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Boris Pistorius nach Berlin gereist. Schwerpunkt des Gesprächs war das weitere Vorgehen beim gemeinsamen Rüstungsprogramm für den Kampfpanzer der Zukunft – das Main Ground Combat System (MGCS). An dem Gespräch über das MGCS nahmen auch Industrievertreter aus beiden Ländern teil.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat der Ukraine zur Abwehr des russischen Angriffskriegs die Lieferung weiterer Waffen zugesichert, darunter Marschflugkörper mit höherer Reichweite. Angesichts der von der Ukraine geführten Gegenoffensive habe er entschieden, die „Lieferung von Waffen und Ausrüstung“ zu erhöhen, damit die Ukrainer auch Angriffe auf weitere Distanz durchführen könnten, sagte Macron zu Beginn des NATO-Gipfels in Vilnius. Nach Élysée-Angaben handelt es sich bei den Lieferungen um Marschflugkörper des französisch-britischen Typs Scalp/Storm Shadow.

Der französische Technologiekonzern Thales gab am 12. Juli bekannt, dass er Verhandlungen über die Übernahme von Cobham Aerospace Communications (AeroComms), einem Unternehmen, das sicherheitsrelevante Kommunikationssysteme für Cockpits anbietet, für rund 1 Milliarde Euro aufgenommen hat. Cobham Aerospace Communications mit Sitz in Rungis bei Paris wird in einer Pressemitteilung von Thales als „einer der führenden Anbieter von luftgestützten Avioniksystemen“ vorgestellt. Das Unternehmen soll bis Ende 2023 einen Umsatz von 200 Mio. US-Dollar erzielen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der langjährige Europaabgeordnete Arnaud Danjean (Les Républicains) hat angekündigt, bei den Europawahlen 2024 nicht erneut antreten zu wollen. Der international anerkannte Sicherheitsexperte führte u.a. ein angespanntes Verhältnis zur derzeitigen Parteilspitze an, das es ihm „nicht ermögliche, um einen Platz auf der Kandidatenliste zu bitten“. Danjean ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 2009 bis 2014 war er Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Seit 2014 ist er Mitglied des Ausschusses. Im Juli 2019 trat er außerdem dem Ausschuss für internationalen Handel bei.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

Die Unruhen in Frankreich, zu denen es nach dem Tod des 17jährigen Nahel gekommen war, haben nach Angaben der Versicherungsgesellschaften große Schäden verursacht. Nach Angaben der Versicherer wurden 11.300 Schadensfälle mit einem Gesamtvolumen von **650 Millionen Euro** gemeldet.

Die Unruhen haben nach aktuellen Umfrageergebnissen dem rechten Lager genutzt. Laut einer Ifop-Umfrage beabsichtigen **48 % der Wähler, die Parteien des rechten Spektrums** (Les Républicains, Rassemblement National, Reconquête und Debout La France) zu wählen. Die von Jordan Bardella geführte Liste des Rassemblement National würde mit 26 % der Stimmen (+1) an die Spitze gelangen. Eine potentielle Liste der Républicains, die von François-Xavier Bellamy und Michel Barnier getragen wird, käme auf 11 % (+3) der Wählerstimmen. Die von Eric Zemmour und Marion Maréchal geführte Liste Reconquête käme auf 7 % (+1) der Stimmen. Debout La France würde 4 % (+1) der Stimmen erhalten.